

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Die niedersächsischen NE-Bahnen verstärkt ausbauen

Rede vom 14. Oktober 2015, 76. Sitzung, Tagesordnungspunkt 19
Erste Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen können Sie in der Drucksache [17/4358](#) nachlesen.

Weitere Redner waren:

Gerd Ludwig Will (SPD), Karsten Heineking (CDU), Susanne Menge (GRÜNE) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Gabriela König das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit einer dpa-Meldung von vor drei Wochen:

„Bundesmittel gab es früher nur für die Instandsetzung der Gleise der Deutschen Bahn. Kreisbahnen und andere private Schienenbetreiber konnten allenfalls bei den Ländern auf einen Zuschuss für den teuren Schienenunterhalt hoffen. Auch auf das Drängen von Niedersachsen hin hat der Bund diese Praxis vor zwei Jahren geändert und stellt seit 2013 jährlich 25 Millionen Euro für die sogenannten NE-Bahnen bereit.“

Genau das ist der Punkt. Wir haben sehr früh erkannt, dass wir die NE-Bahnen für die Hafenhinterlandverkehre und für die Güterverkehre insgesamt dringend benötigen. Genau diese Anerkennung haben wir beim Bund dann auch erstritten, indem wir ihm vor Augen geführt haben, wie wichtig der Norden gerade in dieser Hinsicht ist: Schließlich müssen die Häfen ihre Güter ja vernünftig abfahren können. Dafür haben wir von 2010 an gekämpft.

Wir haben es geschafft, dass der Bund diese 25 Millionen Euro 2013 zum ersten Mal in seinem Haushalt zur Verfügung gestellt hat. Dies hat u. a. Hamburg unterstützt. Man wusste natürlich auch warum. Hamburg hat schließlich das größte Problem, seine Güter aus dem Hafen herauszubekommen.

Diese Förderpraxis und die Förderquote von 50 % Bund und 40 % Land haben uns eine ganze Menge geholfen. Die Frage ist nur, ob wir darüber hin-aus noch weitere Mittel brauchen. Denn die müssen wir letztlich ja auch querfinanzieren.

Das Land fördert die zuwendungsfähigen Ausgaben mit 75 %. Die Bewilligung dafür erteilt die LNVG - die die fachtechnische Prüfung der Investitionsvorhaben vornimmt - und die Landeseisenbahnaufsicht.

Die 30 NE-Bahnen, die auf den Gleisen in Niedersachsen unterwegs sind, sind bislang gut unterstützt und gefördert worden. Niedersachsen ist bisher fast das einzige Land, das Mittel aus diesem Topf bekommt. Das heißt, uns stehen im Prinzip fast 100 % der Summe zur Verfügung. Ich weiß nicht, ob wir die Möglichkeit haben, noch weitere NE-Bahnen aufzunehmen. Denn auch die müssten wir dann kofinanzieren und damit immer mehr Mittel zuschießen.

Ich sehe dabei das Problem, dass, wenn wir zu viele Mittel in diese Verkehrsstruktur geben, uns das an anderen Enden fehlt. Wir wissen doch genau, dass auch die Binnenhäfen unterstützt und die Wasserwege betrieben werden müssen und dass wir auch unsere Straßen nicht vernachlässigen dürfen.

Deswegen müssen wir uns im Ausschuss erst einmal darüber klar werden, wie wir die gesamte Querfinanzierung aller Verkehrswege vornehmen können. Ich bin gespannt darauf, wie wir das hinkommen.

(Beifall bei der FDP)

Am Ende der Beratung erfolgte eine Ausschussüberweisung

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass wir am Ende der ersten Beratung angelangt sind.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Mit diesem Antrag soll sich der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr befassen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ausreichend unterstützt und damit so beschlossen.